

"Paris erstrebt die politische Entmachtung der Kommission" in Die Welt (18. Januar 1966)

Quelle: Die Welt. 18.01.1966. Essen.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"paris_erstrebt_die_politische_entmachtung_der_kommission"_in_die_welt_18_januar_1966-de-2519a05b-e865-4f42-922b-5beec743390f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 17/09/2012

Paris erstrebt die politische Entmachtung der Kommission

Das Memorandum Außenminister Couve de Murvilles

Von unseren Sonderkorrespondenten

L.R. Hi./ch. Luxemburg, 17. Januar

Das französische Zehn-Punkte-Memorandum über die Beziehungen zwischen der Kommission und dem EWG-Ministerrat, das Außenminister Couve de Murville am Montag in Luxemburg vorgelegt hat, zielt im wesentlichen auf eine stärkere Bindung der Kommission an den Ministerrat und auf die Einschränkung ihrer politischen Initiative ab.

In Luxemburg nimmt Frankreich zum erstenmal seit dem Ausbruch der Krise vor einem halben Jahr an einem EWG-Ministerrat teil. Die Brüsseler Kommission ist an der Tagung nicht beteiligt.

Die deutsche Delegation ließ eine gewisse Kompromißbereitschaft erkennen, als sie darauf hinwies, daß der Römische Vertrag in einem Artikel eine genauere Regelung der Beziehungen Kommission und Ministerrat vorsehe und damit Raum für eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Regierungen lasse. Aber die fünf EWG-Partner Frankreichs blieben am Montag bei ihrer Weigerung, Abmachungen zu treffen, die die vertraglichen Rechte und Zuständigkeiten der Kommission oder deren Unabhängigkeit von den Regierungen beeinträchtigen würden.

Der von Couve de Murville vorgelegte Zehn-Punkte-Katalog für die Amtsführung der Kommission enthält im wesentlichen die folgenden Forderungen:

- Die Kommission muß bei politisch wichtigen Vorschlägen die Regierungen konsultieren, bevor sie solche Vorschläge dem Ministerrat unterbreitet.
- Die „Direktiven“ der Kommission an die nationalen Regierungen zur Durchführung des Vertrages und Vorschläge der Kommission an den Ministerrat müssen so allgemein gehalten sein, daß sie der nationalen Exekutive noch Spielraum zu ihrer Ausfüllung lassen.
- Die Kommission darf keine öffentlichen Erklärungen abgeben, ohne vorher die Regierungen über deren Inhalt unterrichtet zu haben.
- Die Informationstätigkeit der Kommission soll mit der des Ministerrates koordiniert werden. Paris will auf diese Weise verhindern, daß Angehörige der Kommission oder die Kommission als Ganzes weiterhin öffentlich Kritik an Mitgliedsstaaten üben.
- Der Ministerrat soll den Haushalt und das Finanzgebaren der Kommission genauer kontrollieren.
- Der Ministerrat soll seine Direktiven an die Kommission zur Ausführung von Beschlüssen so präzise fassen, daß sie keine Ermessungsentscheidungen der Kommission möglich machen.

Die Kommission soll das passive Gesandtschaftsrecht der EWG nur gemeinsam mit dem Ministerrat ausüben und ein entsprechendes Protokollverfahren einführen, das bescheidener ist als das souveräner Staaten.

Die Kommission soll bei der Vertretung der EWG anderen Ländern gegenüber und bei der Verhandlung über Handelsverträge mit Drittländern den Ministerrat jederzeit auf dem laufenden halten.

Der niederländische Außenminister Luns erklärte nach der ersten Sitzung vor der Presse, die französische Position stelle die fünf Partner vor „eine nicht einfache Situation“.

Bundeswirtschaftsminister Schmücker erklärte nur: „Von Annäherung ist keine Rede, es geht sehr langsam voran — aber dies war nur die erste Runde.“ Bundesaußenminister Schröder fügte hinzu: „Die Sitzung hat eine sehr nützliche Klärung gebracht.“

Zu den französischen Forderungen hieß es in deutschen Delegationskreisen, ein „Muß“ werde von den fünf Partnern Frankreichs abgelehnt. Es gehe jetzt jedoch zunächst um eine weitere „taktische Aufklärung“.

Für künftige Sitzungen, die ausdrücklich nicht ausgeschlossen wurden, stellt sich nach Ansicht der deutschen Delegation ein ganzer Katalog weiterer Fragen.

Offen ist zum Beispiel nach wie vor, ob und wann Paris seinen Stuhl in Brüssel wieder einnehmen wird. Die Gespräche über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik müssen fortgesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf die Kennedy-Runde. Die Kommission wartet dringend auf neue Mandate für die Verhandlungen in Genf. Die Beratungen über die Haushalte der Gemeinschaft ruhen.